

Kritik an Mehrheitsbeschluss zu Dyckerhoffgelände

Grüne: „Nichts wurde aus den über 100 Einwendungen der Budenheimer Bürgerschaft“

Budenheim. (rer) – In der Sitzung vom 10. Mai reagierte der Gemeinderat, wie schon vorhergesehen, so resümierte Klaus Neuhaus beim Ortsverbandstreffen (OV) der Grünen am Tag danach. Die bekannten Mehrheiten aus CDU, FDP und SPD, mit einer SPD-Ausnahme, unterstützten die Beschlussvorlagen ausnahmslos und ohne jeden Einwand. Die Anträge der GRÜNEN, die sich zum großen Teil mit den Einwendungen von Bürgerinnen und Bürgern deckten, wurden allesamt abgelehnt. Die Publikumsreaktionen zeigten ob dieses Verhaltens Unverständnis, beantragten die GRÜNEN doch durchaus sinnvolle Änderungen der Beschlussvorlagen. Bürger, die das OV Treffen besuchten, bestätigten diesen Eindruck mehrfach. Die Ratssitzung begann mit der Ablehnung der namentlichen Abstimmung, die Hans-Jürgen Veit (SPD) für die Beratungspunkte Dyckerhoff beantragte. Die Grünen unterstützten dieses Vorhaben, aber die anderen Ratskollegen lehnten die folglich namentliche Erfassung des Abstimmungsergebnisses im Protokoll ab.

Mehr als fragwürdig ist die Tatsache, dass der als „Sachverständiger“ geladene Mitarbeiter der FIRU

GmbH aus Koblenz, welche den Bebauungsplan im Auftrag des Investors erstellte, nun in Personalunion im Auftrag der Gemeinde die Antworten zu den Einwendungen lieferte und dazu Stellung nahm, so die Kritik der Grünen am Verfahren. Einem Ratsmitglied würde hier wegen Befangenheit zu Recht das Wort verweigert. Dem Ergebnis nach wurde den zahlreichen Einwendungen nur in einem einzigen Punkt, nämlich bei der Herausnahme des Kirschlorbeers als Pflanzgrün gefolgt, aber ansonsten in allen anderen relevanten Punkten nicht. Dies lässt die Frage offen, welche Interessen hier wirklich im Vordergrund standen, meinen die Grünen.

Der erste abgelehnte Grünen-Antrag, der Einwendung Nr. 22 zu folgen, die da lautete: „Der Betrieb einer solchen Anlage in einem sogenannten Sondergebiet ist nicht rechtmäßig. Eine Industrieanlage gehört – wie der Name schon sagt, ausschließlich in ein Industriegebiet“. Das hätte erhebliche Auswirkungen auf den Abstand zum Wohngebiet.

Daraufhin erklärten die CDU, es hätte ausreichend Zeit gegeben, Anträge zu stellen. Jo Dechent (Grüne) begründete hingegen die

Anträge mit den bis zuletzt erfolgten Änderungen in den Beschlussvorlagen. So beantragte er z.B. einen nicht eindeutig formulierten risikobehafteten Halbsatz aus der Rückkaufklausel zu streichen, was abgelehnt wurde.

Peter Schmitt (Grüne) beantragte mindestens zehn Prozent sozialgeförderten Mietwohnungsbau. Das geschah vor dem Hintergrund, dass der gleiche Investor in Mainz i.d.R. 25% der Wohngebiete, die errichtet, sozial gefördert ausführt und selbst vermietet. Immerhin stehen allein in Budenheim 200 Bürger auf der Warteliste der Wohnbau. Auch das wurde abgelehnt.

Jo Dechent beantragte, dass die 44 Reihenhäuser, die nach Förderrichtlinien erstellt werden, über einen Zeitraum von zwei Jahren nur dem Personenkreis angeboten werden sollen, der den Förderkriterien entspricht. Das wurde abgelehnt. Der Antrag von Iris Dechent (Grüne) entspricht ebenfalls einer Bürgereinwendung, die sich mit Forderungen der Grünen deckte, wonach in einem Wohngebiet mit bis zu 1.000 Neubürgern die Ansiedlung von kleinen Gaststätten, Kiosk, Bäckereifilialen, einer Eisdiele o.ä. nicht vollkommen ausge-

schlossen werden sollte, was abgelehnt wurde.

Last but not least stellte Dagmar Leu (Grüne) den Antrag, einer Eingabe zu folgend, wonach weitaus mehr Bäume im Plangebiet gepflanzt werden sollen, als der B-Plan hergibt. Es sollen mindestens 18 Bäume gepflanzt werden. Man einigte sich, dass dieser Antrag im Verwaltungsrat der Gemeindewerke gestellt werden sollte, da die Gemeindewerke für den Ausbau der Straßen zuständig seien. Ob dem Antrag dort gefolgt wird, sei dahingestellt.

Im Anschluss an die Beratungen über das Dyckerhoff-Gelände verlas der Fraktionssprecher der Grünen, Klaus Neuhaus, eine Stellungnahme zum Geschehen, die ebenfalls zu Protokoll gegeben wurde.

Am Ende des Grünen OV-Treffens vom Donnerstag zog Klaus Neuhaus das Fazit: „Dyckerhoff“ ist politisch ganz im Sinne des Investors gelaufen und war mit den bekannten Mehrheitsverhältnissen im Rat nicht mehr im Sinne der Einwendungen zu korrigieren. Es bleibe jedoch abzuwarten, ob die ignorierten Einwander nun juristische Schritte gegen die Beschlüsse anstreben.